



Belastete Straßennamen: „Namensgeber haben sich schuldig gemacht“

Eine „Rolle rückwärts“, sagt die Vorsitzende der Bürgergemeinschaft Herrsching, Claudia von Hirschfeld. Sie kritisiert in einer Stellungnahme den Gemeinderatsbeschluss, die NS-belasteten Straßennamen Madeleine-Ruoff-Straße und Erich-Holthaus-Straße nicht umzubenennen. Als Grund gibt die Gemeinderatsmehrheit aus CSU, SPD, FDP und Bürgermeister an, dass die betroffenen Bürger in den beiden Straßen keinen neuen Straßennamen wollten. Dem Protest der BGH haben sich Sprecherinnen der Grünen, Charlotte Wehn und Franziska Schon, angeschlossen. Auch sie haben kein Verständnis für den Gemeinderatsbeschluss. Sie schreiben in einer Stellungnahme wörtlich:

Grüne: „Wegen der erstarkenden Rechten ist es wichtig, Haltung zu zeigen“



Grünen-Sprecherinnen Charlotte Wehn und Franziska Schon

„Die Tatsache, dass die betroffenen Anlieger mehrheitlich keine Änderung ihrer Adresse wünschen, befreit den Gemeinderat nicht von der politischen und moralischen Verantwortung beim Umgang mit belasteten Straßennamen.“

Wie mehrere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der Grünen und der Bürgergemeinschaft Herrsching in der Sitzung sagten, wird ein Straßename im Allgemeinen als Ehrung verstanden. Charlotte Wehn ergänzt: „Die Namensgeberin und der Namensgeber der betroffenen Straßen haben sich in unterschiedlicher Weise in

der Zeit des Nationalsozialismus schuldig gemacht und verdienen diese Würdigung nicht.“

Besonders enttäuschend ist, dass mehrere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und Bürgermeister Christian Schiller nicht zu ihrer Entscheidung bei der ursprünglichen Abstimmung über die Umbenennung der Straßen mit NS Bezug stehen wollten. Franziska Schon betont: „Gerade in Zeiten einer weiter erstarkenden Rechten ist es um so wichtiger, klare Haltung zu zeigen, auch wenn es unbequem wird.“

Die grüne Fraktion stimmte neben der BGH geschlossen für die Umbenennung. (bei der Madeleine-Ruoff-Straße waren zwei Gemeinderäte wegen persönlicher Betroffenheit nicht stimmberechtigt.)

BGH: „Rolle rückwärts“



Die ehemalige Gemeinderätin Claudia von Hirschfeld (links) bei einer Veranstaltung mit der Gemeindecarchivarin Dr. Friederike Hellerer.

In der Stellungnahme des Vorstandes der Bürgergemeinschaft Herrsching, vertreten durch die Vorsitzende Claudia von Hirschfeld, heißt es: „Zurückgehend auf einen Antrag der Bürgergemeinschaft Herrsching im Jahr 2022 zur Prüfung belasteter Straßennamen im Gemeindegebiet auf Bezüge zur NS-Vergangenheit war mehrere Jahre lang diskutiert und ermittelt worden. Die Archivarin Dr. Friederike Hellerer hatte im Auftrag der Gemeinde die Namensgeber der Straßen, die am Montag zur Diskussion standen, umfassend beleuchtet und die Umstände der ursprünglichen Straßenbenennungen soweit möglich rekonstruiert.

Ihre Erkenntnisse wurden im Herbst 2023 auf der Gemeindehomepage öffentlich zugänglich gemacht (https://www.herrsching.de/Umgang_mit_Strassennamen) und alle Bürgerinnen und Bürger Herrschings erhielten Gelegenheit, ihre Meinung zum Umgang mit den fraglichen Straßennamen der Gemeinde mitzuteilen.

Seitdem sind den historischen Recherchen auf der Homepage folgende Hinweise vorangestellt, welche seinerzeit mit Bürgermeister und Gemeinderat abgestimmt worden war:

„In unserer Zeit würden Madeleine Ruoff, Alfred Ploetz und Erich Holthaus nicht mit einem Straßennamen geehrt werden. Es darf angenommen werden, dass entscheidende Fakten denjenigen, die für die Straßenbenennungen verantwortlich waren, nicht bekannt waren..“

Im Herbst 2025 entschied sich der Gemeinderat unter Abwägung der historischen Fakten und der Stellungnahmen aus der Bürgerbefragung mehrheitlich dazu, den Verwaltungsprozess zur Namensumbenennung der Erich-Holthaus-Straße und Madeleine-Ruoff-Straße zu starten, und gewährte den Anliegern der Straßen rechtliches Gehör in Form einer nochmaligen Anhörung.

Die finale Beratung und Beschlussfassung im Gemeinderat am vergangenen Montag war mit Spannung erwartet worden und sorgte im Ergebnis bei vielen Menschen verständlicherweise für Empörung und Unverständnis. Denn plötzlich ging es in der Abwägung vorrangig um die geäußerten Bedenken und ablehnenden Haltungen der Straßenanlieger. Unbeachtet blieben die Stellungnahmen der Bürger:innen aus Herrsching, die sich für eine Umbenennung stark gemacht hatten. Aus dem Fokus verschwand, dass die Straßennamen nicht nur Sache der Anlieger sind, sondern die Allgemeinheit betreffen.

Klar ist: Die Entscheidung am Montag im Gemeinderat stellt eine bestürzende Kehrtwende dar. Denn Bürgermeister und Ratsmitglieder von CSU, FDP und SPD haben - diesmal in Kenntnis aller Umstände - nicht nur für ein Festhalten an den Straßennamen gestimmt, sondern damit auch die Ehrung dieser Personen im Jahr 2026 neu legitimiert und auf diese Weise bekräftigt.

Es ist diese verstörende Tatsache, die uns betroffen macht und ratlos hinterlässt. Die Bürgergemeinschaft Herrsching wird dennoch nicht nachlassen, sich weiterhin geschichtsbewusst in die ortspolitischen Debatten einzubringen.“

Category

1. Gemeinde

Date

11/05/2026

Date Created

23/03/2026